

Die AfD bereitet einen Kursschwenk vor, der gegen alles Bisherige steht

Von **Gordon Repinski, Pauline von Pezold**

Stand: 26.11.2025 | Lesedauer: 8 Minuten



AfD-Bundesvorsitzende Alice Weidel und Tino Chrupalla

Quelle: picture alliance/Flashpic/Jens Krick

Über Jahre hat sich die AfD immer weiter radikalisiert. Vor dem Wahljahr 2026 schwenkt die Partei nun um: Mit konservativem Antlitz sollen neue Wählerschichten gewonnen werden – und die Russlandnähe weicht einem Bündnis mit dem Trump-Amerika.

Das freundliche Gesicht der AfD war in den Neunzigern für „die besten Sprüche weit und breit“ bekannt, für gute Laune am Morgen und „Kuhnigunde“, die Redaktionskuh. Heute sitzt Leif-Erik Holm in seinem Bundestagsbüro im fünften Stock des Jakob-Kaiser-Hauses, und fast wirkt es, als wäre seine Zeit als Moderator bei Antenne Mecklenburg-Vorpommern nicht allzu fern.

Anders als die Büros von Fraktionskollegen ist das von Holm schlicht gehalten. Ein blaues AfD-Banner steht hinter dem Schreibtisch; ansonsten gibt es keine Parteisymbolik, selbst Deutschland-Fahnen sind nicht zu finden. Stattdessen blickt eine Möwenskulptur unschuldig vom Regal. „Ein Geschenk von der Landtagsfraktion“, sagt Holm.

In zwei Wochen soll der 55-Jährige offiziell zum Spitzenkandidaten der AfD für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ernannt werden. In zehn Monaten wird im Nordosten gewählt, die AfD führt in Umfragen mit 38 Prozent weit vor der SPD von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, die mit 19 Prozent aktuell abgeschlagen ist.



Leif-Erik Holm (AfD) im Bundestag

Quelle: picture alliance/dts-Agentur

Wie auch in Sachsen-Anhalt (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article690c520b154e6f61444c7164/cdu-in-sachsen-anhalt-afd-kommuniziert-klar-dass-sie-ein-anderes-land-will-genau-das-wollen-die-allermeisten-nicht.html>) mit Ulrich Siegmund könnte im kommenden September die AfD historische Erfolge einfahren, selbst absolute Mehrheiten auf Landesebene sind nicht mehr ausgeschlossen. Der Wandel von der Oppositions- zur Regierungspartei war nie näher als jetzt.

Damit das gelingt, bereitet die Partei einen Kursschwenk vor, der gegen alles steht, was in den vergangenen Jahren bei der AfD zu beobachten war. Statt mit radikalen Thesen und provokanten Auftritten müht man sich, in eher traditionell konservative Wählermilieus vorzudringen. Statt Björn Höcke (<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus68c135d472409e1be0446991/Bjoern-Hoecke-Von-der-Schule-in-die-AfD-Wie-mit-Herrn-Hoecke-alles-anfang.html>) oder Alexander Gauland sollen nun Holm und Siegmund die Partei prägen.

Und auch international vollzieht Parteichefin Alice Weidel zumindest als die eine der beiden Vorsitzenden den Schwenk. Allzu große Russlandnähe gilt nun als unschicklich, der neue Partner der Wahl sind die USA. Die transatlantische Verbindung soll neue Türen öffnen, die Russlandfreunde glaubt man ohnehin auf seiner Seite. Man kämpfe fortan „lieber mit dem weißen Ritter als mit dem schwarzen Ritter“, heißt es aus Weidels Umfeld. Noch hat Weidel nicht alle in der Partei vom neuen Kurs überzeugt, aber die Operation Wahljahr 2026 läuft. Kann sie gelingen?

Der Schlüssel dazu liegt aktuell auch in Magdeburg. Dort ist die Lage aus Sicht der AfD offen. CDU-Ministerpräsident Reiner Haseloff hat auf eine erneute Kandidatur verzichtet, Wirtschaftsminister Sven Schulze (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article690boefc154e6f61444c60b7/markus-lanz-eine-schicksalswahl-fuer-deutschland-sagt-der-cdu-kandidat-und-macht-deutliche-brandmauer-ansage.html>) muss ohne Staatskanzlei-Bonus das Duell mit einer in den Umfragen davon geeilten AfD bestreiten. An deren Spitze steht Siegmund. In seinem Auftreten ist er wie Holm der nette Typ von nebenan. In seinen Inhalten ist Sachsen-Anhalts Spitzenkandidat eigentlich radikaler als Holm, er zählt zum rechten Teil der Partei. Nur fällt das neuerdings nicht mehr wirklich auf. In Umfragen liegt Siegmunds AfD bei fast 40 Prozent.

Dessen Taktik: Rechts genug sein für die ostdeutsche AfD-Basis, aber eben nicht so radikal, dass es Probleme mit dem Gesetz gibt. Der Landesverband ist seit 2023 als gesichert rechtsextrem eingestuft, weil er die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie in ihrer derzeitigen Form anstrebe, begründete der Verfassungsschutz seinerzeit. Begriffe wie „Invasoren“, „Eindringlinge“ oder „kulturfremde Versorgungsmigranten“ gehörten zum Sprachgebrauch der Partei. Ein Glück für Siegmund, dass er in den Berichten nur beiläufig auftaucht, so wirkt der neue Kurs wie eine glaubhafte Wandlung. Siegmund weiß, dass er sich keine Fehler erlauben darf.

Mit Erfolg: Selbst Abgeordnete anderer Parteien im Landtag beschrieben Siegmund bereits als freundlich, fröhlich, einnehmend und als einen, der „auf Menschen zugehen kann“. Mit über einer halben Million Followern auf TikTok erreicht er so viele Menschen wie sonst kein Landespolitiker in Deutschland. Während in linken Zirkeln mit der Präsenz der AfD in den Medien gehadert wird, hat sich Siegmund längst seine eigene Öffentlichkeit geschaffen. Mit Erfolg, auch im realen Leben: Laut Meinungsumfragen erreicht er in Sachsen-Anhalt schon lange nicht mehr nur den rechten Rand.

In Mecklenburg-Vorpommern suchte Leif-Erik Holm kürzlich sogar kühn das Gespräch mit einer Kleindemo der „Omas gegen Rechts“. Man sei sich zwar noch nicht einig geworden, aber Ablehnung habe er auch nicht erfahren, resümiert Holm in seinem Bundestagsbüro. „Ich bin ja eigentlich ein netter Typ.“

Fragt man ihn, was er als Ministerpräsident als Erstes machen würde, geht es milde weiter. Klar, der Rundfunkstaatsvertrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk würde gekündigt werden, sagt er, dafür gebe es bei jeder Veranstaltung stehenden Applaus.

Und sonst? Mehr in Bildung investieren, „in die MINT-Fächer“, sagt er mit Blick auf Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, und Kinder mit Migrationshintergrund sollten „schon vor der Schule Deutsch lernen“. Zudem wolle er mehr Integrationsbemühungen bei Ausländern, die ein Bleiberecht haben. Selbst in moderaten CDU-Kreisverbänden dürfte Holm für diese Punkte Kopfnicken ernten.

Drohungen von „langem Weg des Aufräumens“

Eine Priorisierung der Themen, die ganz anders klingt als noch bei den jüngsten Ost-Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Im vergangenen Jahr hatte Björn Höcke vor den Landtagswahlen mit dem Umbau des Verfassungsschutzes, Klagen gegen die Bundesregierung und einem „langen Weg des Aufräumens“ gedroht. Sein Einfluss in der Partei gilt aber eher als begrenzt. Weil er so polarisiere, falle es der CDU (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article68f5d8117e2d7167e63bb8a0/tagung-des-praesidiums-brandmauer-diskussion-cdu-bekraeftigt-ihre-abgrenzung-zur-afd.html>) zudem leichter, sich auch mit ungewöhnlichen Partnern gegen die AfD zu verbünden, heißt es aus der Parteispitze. Etwas weniger Schärfe mache es der CDU dagegen schwerer, sich die Koalitionsdebatten mit Rechtsaußen vom Hals zu halten. Das haben Holm und Siegmund verstanden.

Die Vernetzung mit dem Bund läuft bereits, in der Berliner Parteizentrale gelten die Wahlkämpfe im Osten als die große Chance für den Durchbruch. Vergangenen Montag war Siegmund extra in die Hauptstadt gereist, präsentierte dem Vorstand dort seinen Plan für den Wahlkampf. Alice Weidel lauschte zufrieden. In der Parteispitze treibt sie die Öffnung zu neuen Wählerschichten voran. Diese soll keinesfalls nur rhetorisch oder innenpolitisch erreicht werden.

Washington statt Moskau?

Ihr Blick geht bereits über die Landesgrenzen hinaus. Der außenpolitische Ost-West-Schwenk ist dabei ihr wichtigstes Werkzeug. Statt nach Moskau orientiert sich die Partei jetzt nach Washington. Mit Elon Musk hat die AfD schon lange den reichweitenstärksten Fürsprecher auf ihrer Seite, der fleißig für die AfD und Weidel Werbung macht. Doch die neue Westbindung ist mittlerweile eine bis in die Abgeordnetenbüros geplante Operation.

Durch fast monatliche Besuche von AfD-Abgeordneten in Washington transportiert die AfD im Ausland ein Bild von Deutschland als autoritärem Staat, in dem Meinungsfreiheit unterdrückt und sie selbst verfolgt werde – mit dem Ziel, dass Trump und seine Gefolgsleute unterstützen, wo sie können. Markus Frohnmaier, der außenpolitische Sprecher der Fraktion, ist dabei jetzt schon optimistisch, „dass die Amerikaner im eigenen politischen Interesse Druck auf Kanzler Merz ausüben werden“.

Druck, den man sich vor allem wünscht, wenn es um ein mögliches AfD-Verbotsverfahren gehen könnte. Aber genauso zugunsten einer vollständigen Anerkennung der AfD-Vertreter im politischen Berlin: Von Wahlen ausgeschlossene Kandidaten, Posten und Gremien, die nicht von Abgeordneten der AfD besetzt sind – die Liste von Punkten, bei denen die AfD Hilfe gebrauchen kann, ist lang. „Die Trump-Administration schaut nun genau hin“, frohlockt der Bundestagsabgeordnete Maximilian Krah. „Das gibt Hoffnung auf ein Ende dieser Zustände.“

Damit es auch auf Social Media klappt, war jüngst Trump-Berater Alex Bruesewitz zu Gast in Berlin und teilte Social-Media-Erfolgsrezepte aus dem Weißen Haus. Ein Hauch von West Wing wehte plötzlich durch die Baustelle Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Selbst in Moskau nimmt man den Wechsel wahr und fürchtet um die sicher geglaubten Verbündeten in Berlin. Das russische Newsportal RKB sorgte sich in dieser Woche, ob sich die Partei „am Ende sogar in die konservative Mitte“ bewege.

Auch innerhalb Europas arbeitet die AfD im Schatten der deutschen Außenpolitik an eigenen Bündnissen. Mehrfach besuchte Weidel bereits den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zu Gesprächen in Budapest. Selbst beim französischen Rassemblement National will die sich wandelnde AfD wieder Anschluss finden, nachdem die Franzosen den Kontakt mit der als zu radikal empfundenen AfD zuletzt abgebrochen hatten. Im Europaparlament sei mittlerweile der Gesprächskanal mit RN-Chef Jordan Bardella wieder aufgenommen worden, heißt es. Ohne die deutsch-französische Achse läuft es auch unter Populisten nicht, das weiß man in Weidels Umfeld.

Ihr einziges Problem: Nun muss noch der Rest der Partei und der Parteispitze mitziehen. Wie schwierig das ist, zeigte sich am vergangenen Dienstag auf der Fraktionsebene des Deutschen Bundestags. Während Co-Parteichef Tino Chrupalla bereits im Zug nach Hamburg zur Sendung „Markus Lanz“ saß, hielt Weidel alleine das Pressestatement vor der Fraktionssitzung ab.

Abgeordnete wollen nach Russland reisen

Die Bühne nutzte sie für eine Festlegung. Zwei Fraktionskollegen, die eine Reise ins russische Sotschi planten, kanzelte sie vor eifrig mitschreibenden Reportern ab. „Ich kann nicht verstehen, was man da eigentlich soll, um das hier ganz deutlich zu sagen“, sagte Weidel. Chrupalla, später in Hamburg angekommen, vertrat an jenem Abend bei Lanz die Gegenposition. Er sehe kein Problem mit den Reisen — „mir hat [Putin] nichts getan“, so Chrupalla. Auch eine Gefahr für Deutschland sehe er von Russland ausgehend nicht.

Der Versuch zwei Tage später, die [Differenzen \(https://www.welt.de/politik/deutschland/article69134d1b71dafa6e0afdo6ff/afd-weidel-kritisiert-russland-reise-und-droht-parteikollegen-mit-konsequenzen.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/article69134d1b71dafa6e0afdo6ff/afd-weidel-kritisiert-russland-reise-und-droht-parteikollegen-mit-konsequenzen.html) wieder einzufangen, machte den Konflikt nur noch offensichtlicher. Man werde auch künftig „gemeinsame Politik für Deutschland und seine Bürger machen“, hieß es dünn in einer gemeinsamen Pressemitteilung.

Doch der Konflikt in der Parteispitze ist der zweier ungleicher Partner. Chrupalla gilt zwar als volksnah und ein fleißiger Arbeiter vor Ort – die Strategin und Taktgeberin aber bleibt Weidel. Es ist eine Hackordnung, die auch Chrupalla nie anzweifelte. „Sie können davon ausgehen, dass es da keinen Machtkampf gibt und auch keinen Streit“, sagte er fast unterwürfig, als es im vergangenen Jahr um die Kanzlerkandidatur ging.

Sollte es nun zu Konflikten kommen, hat Weidel bereits in dieser Woche klargemacht, in welche Richtung es gehen werde. Sie werde persönlich entscheiden, welche Reisen ihre Abgeordneten unternehmen dürften. Wer sich an Rahmenbedingungen nicht halte, „der wird die Konsequenzen tragen müssen“, drohte Weidel, „und das wird hochgehen bis zum Parteiausschluss“.

Gordon Repinski (<https://www.welt.de/autor/gordon-repinski/>) ***ist Executive Editor bei „Politico“ Deutschland.***

Pauline von Pezold (<https://www.welt.de/autor/pauline-von-pezold/>) ***ist Reporterin beim Newsletter „Playbook“ von „Politico“ Deutschland.***

Zu dieser AfD-Recherche haben die Autoren einen Sonderpodcast der „Politico“-Berlin Playbook produziert. Sie finden ihn [hier](https://www.politico.eu/podcast/berlin-playbook-podcast/). (<https://www.politico.eu/podcast/berlin-playbook-podcast/>)